

NZZ am Sonntag

Iran-Atomabkommen

Den Schaden hat Donald Trump bereits angerichtet

Seit Wochen schwelt zwischen den USA und Nordkorea eine Nuklearkrise. Und seit Wochen beruhigt die internationale Gemeinschaft nur eine Hoffnung: dass die Parteien über kurz oder lang eine Lösung am Verhandlungstisch finden werden. Mit Iran war genau dies gelungen. Zwölf Jahre lang wurde verhandelt und gerungen, ehe die USA, China, Russland, Frankreich, Grossbritannien und Deutschland 2015 ein Vertragswerk unterzeichneten, das den nuklearen Konflikt mit Iran verhindern sollte. Iran verpflichtete sich, sein Atomprogramm einzuschränken, im Gegenzug wurden Teile der Sanktionen ausgesetzt. Die Welt sei dank dem Vertrag sicherer geworden, sagte damals US-Aussenminister John Kerry. Diese diplomatische Errungenschaft ist seit dieser Woche wieder in Gefahr. Präsident Donald Trump hat mit fadenscheinigen Argumenten die Einhaltung des Vertrags infrage gestellt und Teheran mit neuen Sanktionen gedroht. Der Ball liegt nun zwar wieder beim US-Kongress. Möglich, dass ein Scheitern des Abkommens verhindert werden kann. Doch der Schaden ist schon angerichtet. Der Machthaber in Nordkorea, Kim Jong Un, hat nun noch weniger Grund, einem potenziellen Verhandlungspartner Trump zu trauen. Die USA sind weniger verlässlich geworden, und die Welt ist weniger sicher. (ami.)

Verzicht auf Ausschaffung

Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP bleibt ein Unding

Das Zürcher Obergericht hat diese Woche ein aufsehenerregendes Urteil gefällt: Mit Verweis auf das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben die Richter darauf verzichtet, einen vorbestraften gewalttätigen Deutschen des Landes zu verweisen. Ist das ein «Skandalurteil», wie die SVP schreibt? Eine Verhöhnung der Stimmbürger, die 2010 mit gut 52 Prozent Ja-Stimmen die Ausschaffungsinitiative angenommen haben - und denen man eine «pfefferscharfe Umsetzung» versprochen hat? Es ist gut, dass die Zürcher Staatsanwaltschaft den Weiterzug ans Bundesgericht angekündigt hat. Ein Grundsatzentscheid in dieser Frage ist zu begrüssen. Dass die SVP auf der Basis des Zürcher Richterspruchs nun Werbung für die «Selbstbestimmungsinitiative» macht, ist ihr nicht zu verargen. Ihre Vorlage will die Verfassung über das Völkerrecht stellen. Doch hätte sie am Urteil des Obergerichtes überhaupt etwas geändert? Das ist zumindest umstritten. Die Initiative, welche die Kündigung der Menschenrechtskonvention in Kauf nimmt, geht aber ohnehin zu weit. Denn sie nimmt dem Einzelnen letztlich ein Instrument aus der Hand, mit dem er sich gegen Anmassungen des Staates zur Wehr setzen kann. (Izb.)

Bundesrat

Cassis' Fehlschuss

Man kannte ihn als Freund der Gitarre, nun kennt man ihn auch als Freund des Gewehrs: Ignazio Cassis ist Mitglied bei Pro Tell; neun Tage vor der Bundesratswahl ist er dem Verein beigetreten, der für ein freieitliches Waffenrecht kämpft und gegen den Schengen-Vertrag. Ein Problem? Wohl am meisten für Cassis selber. Allein der Zeitpunkt weckt den Verdacht, es sei ihm weniger um die Schützen gegangen als um Schützenhilfe für seine Wahl. Und dies umso mehr, als er einst ein zentrales Waffenregister wollte und bisher nie als Schengen-Gegner auffiel. So ist die Gefahr gross, dass der Beitritt Cassis letztlich auf beiden Seiten Punkte kosten wird: bei den Befürwortern strengerer Waffengesetze und den Gegnern, die ihn nun so freudig empfangen haben. (dli.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Die Überalterung muss keine Last für die Vorsorge sein – im Gegenteil

Nach dem Nein zur Rentenreform gerät das Pensionsalter unter Druck. Dabei könnte man die Alten einfach dazu bewegen, freiwillig länger zu arbeiten, **finden Reiner Eichenberger und Ann Barbara Bauer**

Die Alterung ist keine Last, sondern unser Glück. In den gewonnenen Lebensjahren sind die allermeisten Menschen nicht krank und untätig, sondern gesund und konsumfreudig. Doch gerade daraus erwächst das wahre Problem der Alterung: Länger leben heisst mehr konsumieren, aber wegen des fixen Rentenalters nicht entsprechend mehr produzieren.

Deshalb ist nach dem Nein zur Rentenreform nun eine nachhaltige Lösung gefragt, mit der sich diese Produktionslücke entschärfen lässt. Weil das nur mit einer höheren durchschnittlichen Lebensarbeitszeit geht, wird der Ruf nach einer allgemeinen Erhöhung des Rentenalters immer lauter. Der Druck steigt, es droht Altersarbeit unter Zwang. Doch viele wollen oder können unter den herrschenden Bedingungen nicht länger arbeiten. Entsprechend gross ist der Widerstand. Was also tun?

Wir haben einen Vorschlag, der allen nützt und niemandem schadet: Seine drei Hauptelemente setzen für die Alten wirksame Anreize, freiwillig länger zu arbeiten, und sie sichern die Altersvorsorge finanziell ab.

● **Rentenaufschub mit Beitragsrabatt:** Der heute gebräuchliche Mechanismus zur Flexibilisierung des Rentenalters erlaubt den Alten, den Rentenbezug aufzuschieben, um dann später eine höhere Rente zu erhalten. Bis sie aber mit Aufschub in der Summe mehr Rente als ohne Aufschub erhalten, dauert es rund 20 Jahre. Entsprechend wird das Angebot kaum genutzt. Unser Modell hingegen belohnt den Rentenaufschub sofort - mit einem fairen Rabatt auf die Beiträge an die 1. und 2. Säule. Weil durch den Aufschub die Zahl der noch verbleibenden Beitragsjahre steigt und die Zahl der Rentenjahre sinkt, können die Rabatte enorm attraktiv sein. Nach unserer Schätzung könnte man Arbeitnehmern, die sich frühzeitig für Rente erst ab 67 entscheiden, von 55 bis 67 die Arbeitnehmerbeiträge für die 1. und 2. Säule erlassen. Oder man streicht von 61 bis 67 die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge.

● **Teilbesteuerung von Altersarbeit:** Heute ist es für Rentner unattraktiv zu arbeiten, weil Arbeitseinkommen zur Rente hinzugezählt und so infolge Steuerprogression hoch besteuert wird. Mit den weiterhin anfallenden AHV-Beiträgen zahlen Rentner auf Arbeitseinkommen schnell 35 bis 50 Prozent Steuern und Abgaben. Deshalb schlagen wir vor, dass die Steuern und Abgaben auf Einkommen über einem gewissen Alter, zum Beispiel 67, stark gesenkt, idealerweise halbiert werden. Das gäbe den Rentnern wirksame Anreize weiterzuarbeiten.

● **Steuermehreinnahmen für Altersvorsorge:** Dank unserem Vorschlag würden viele Alte freiwillig von 65 bis 67 und darüber hinaus arbeiten, wodurch ihre steuerbaren Einkommen steigen würden. Zugleich stiege auch das steuerbare Einkommen jener unter 65-Jährigen, die ihre Rente aufschieben, da ihre steuerlich abziehbaren Rentenbeiträge sinken. Beides liesse die Einnahmen aus Einkommenssteuern stark steigen. Zusätz-

lich würden dank Mehrarbeit ab 65 auch das Bruttoinlandprodukt und damit die Mehrwertsteuereinnahmen wachsen. Wenn beispielsweise 20 Prozent der Arbeitskräfte bis 68 arbeiten würden, würden nach unserer Schätzung die Einnahmen aus Einkommenssteuern und Mehrwertsteuer um rund 1 Milliarde Franken pro Jahr steigen. Diese zusätzlichen Steuereinnahmen sollten nicht einfach in die allgemeine Staatskasse fliessen und so das Staatswachstum anheizen, sondern gezielt in die Altersvorsorge gelenkt werden. So würde unsere Reform dann allen nützen: den langarbeitenden Alten, den Arbeitgebern und - dank der Absicherung der Altersvorsorge - auch den normalarbeitenden Alten sowie den Jungen.

Die regelmässig gegen Altersarbeit angeführten Argumente sind hinfällig. Jobs gibt es für die meisten Alten genug. Das Hauptproblem der Überalterung ist ja gerade, dass sie Arbeitskräftemangel bringt, weil der Konsum schneller wächst als die Produktion. Zudem sind die heutigen Probleme der Älteren auf dem Arbeitsmarkt weniger Folge ihres biologischen Alters als ihrer kurzen Restlaufzeit bis zur Pensionierung. Je näher die sichere Pensionierung von Arbeitnehmern rückt, desto weniger lohnt es sich für ihre Arbeitgeber, für ihre Arbeitskollegen und auch für sie selbst, in ihre Produktivität zu investieren. Indem man die erwartete Verweildauer im Arbeitsmarkt erhöht, sorgt man deshalb auch dafür, dass die Produktivität der älteren Arbeitnehmer und ihre Attraktivität für die Arbeitgeber steigt.

Schliesslich bietet unser Modell den Arbeitgebern Anreize, neue Konzepte für altersgerechte Stellen zu entwickeln, etwa mit leicht gesenkten Arbeitszeiten und mehr Zeitautonomie bei angemessenen tieferen Löhnen. So wären die Alten für die Firmen noch weit über das Rentenalter hinaus attraktiv. Und das obwohl die älteren Mitarbeiter dank unserem Steuermodell netto mehr verdienen würden als vor 65 und auch mehr Steuern zahlen würden als bisher.

Reiner Eichenberger und Ann Barbara Bauer



R. Eichenberger



Ann Barbara Bauer

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor am Crema in Zürich.

Ann Barbara Bauer ist Doktorandin an der Universität Freiburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind endogene Alterung und Reformen von Rentensystemen.